

Rathaus / Barfussergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 0058/2018 (DDI)

**Auftrag Fraktion Grüne: Budget- und Schuldenberatung als Leistungsfeld sichern
(16.05.2018)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzliche Grundlage für eine Förderung und kantonsweite Sicherstellung der Budget- und Schuldenberatung zu schaffen.

Begründung 16.05.2018: schriftlich.

Immer mehr Personen geraten in die Überschuldung. Ein Leben an der Armutsgrenze infolge Betreibungen und Lohnpfändungen führt dazu, dass die Menschen resignieren, die Arbeitsmotivation verlieren, krank werden und schliesslich von Sozialhilfe abhängig werden. Überschuldung wird so immer mehr zu einem beträchtlichen Kostenfaktor der öffentlichen Hand. Budgetberatung und Schuldenberatung, welche rechtzeitig einsetzt, erspart der öffentlichen Hand viel Folgeaufwand und viele Verluste. Sie erspart jenen Personen, die Unterstützung benötigen, viel Leid, Überforderungsgefühle und Scham.

Sowohl in seinen Antworten auf die Interpellation I 238/2017 Johanna Bartholdi „Ermessensveranlagung: Ärgernis für Kanton und Gemeinden“ als auch in den Ausführungen zum überparteilichen Auftrag A 209/2017 „Abschaffung der schwarzen Liste säumiger Prämienzahlender“ macht der Regierungsrat auf den Nutzen von frühzeitiger Budget- und Schuldenberatung aufmerksam. Er erinnert zu Recht daran, dass es sich bisher nicht um ein kantonales Leistungsfeld handle.

Konkret kann eine Budgetberatung sehr oft dazu beitragen, dass zum Beispiel die Mittel für Steuern und Krankenversicherungszahlungen rechtzeitig eingeplant werden. Es kommt zu weniger Steuerausständen und späteren Ermessensveranlagungen, zu weniger offenen Prämienrechnungen sowie in der Folge zu weniger Verlustscheinen. Die Unterzeichnenden betrachten deshalb diese Beratungsdienstleistungen als Pfeiler der Prävention in der sozialen Sicherheit des Kantons Solothurn.

Eine Chance läge beispielsweise darin, dass die Behörden die Möglichkeit haben zu intervenieren und eine Beratung nahelegen (oder mit einem Anreizsystem sogar zu fördern), sobald jemand die Begleichung der Steuern hinausschiebt oder die Prämienzahlung ausbleiben lässt.

Unterschriften: 1. Barbara Wyss Flück, 2. Felix Wettstein, 3. Felix Lang, Felix Glatz-Böni, Christof Schauwecker, Daniel Urech (6)